

Währung nicht verändert werden müsse. Der Wechselkurs entspreche dem Wert der Währung und werde von Nachfrage und Angebot auf dem Devisenmarkt Chinas beeinflusst.

Seit 1994 habe Dai zufolge der Wechselkurs einen Wertzuwachs von 5% erfahren. Unter Berücksichtigung der Inflation sei der Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar um 4,4% und um 30% gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartnerländer gestiegen.

Dai betonte, dass die langfristige Stabilität des Wechselkurses eine wichtige Rolle in der Reform- und Öffnungspolitik Chinas gespielt habe. Der derzeitige Wechselkurs sei angemessen. So betrage die Wachstumsrate Chinas rd. 7%, die ausländischen Kapitalzuflüsse stiegen, und nach wie vor erwirtschaftete China Außenhandelsüberschüsse. Gleichzeitig sei vorgesehen, die Wechselkursbildung durch angemessene Bandbreiten zu flexibilisieren.

In seiner Rede betonte Dai weiterhin, dass China in der Lage sei, den Wechselkurs gegen spekulative Angriffe zu verteidigen, da es über Devisenreserven von über 200 Mrd. US\$ verfüge. Dai wies auch darauf hin, dass der WTO-Beitritt nicht automatisch vorausgesetzt habe, die Währung voll konvertibel zu machen. Hierfür werde China noch eine größere gesamtwirtschaftliche Stärke benötigen, ein stabiles und gesundes Finanzsystem und bessere makroökonomische Steuerkapazitäten. (BBC EF, 19.2.02)

Weder das GATT noch die Nachfolgeorganisation WTO machten eine Aufnahme von einer frei konvertiblen Währung abhängig. Artikel XV, 9 des GATT legte sogar fest, dass der Einsatz von Wechselkursrestriktionen und Kontrollen erlaubt ist. Regelungen zum Währungssystem sind Sache des Internationalen Währungsfonds, in dem China seit 1980 Mitglied ist. -schü-

Binnenwirtschaft

22 Zentralbank senkt Zinsen, um neuen deflationären Trend aufzuhalten

Die Zentralbank kündigte zum 21. Februar an, die Zinssätze auf Einlagen in Landeswährung um durchschnittlich 0,25% zu senken. Ziel der Zinssenkung ist es, die negativen Auswirkungen des geringeren weltwirtschaftlichen Wachstums für die chinesische Wirtschaft zu kompensieren und eine schnelle und gesunde Entwicklung der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Zentralbank reagiert nach Angaben ihres Sprechers damit auf das Abflachen des Wirtschaftswachstums und der Verbraucherpreise in den letzten Monaten. Durch die Senkung der Zinsen sollen auch die Unternehmen Kosten einsparen können.

Zinsen auf Sichteinlagen wurden von 0,99% auf 0,72% gesenkt, auf Einlagen mit einer einjährigen Laufzeit von 2,25% auf 1,98%. Gleichzeitig wurden die Kreditzinsen reduziert, und zwar um durchschnittlich 0,5%. Für Kredite mit einer einjährigen Laufzeit müssen statt 5,85% nur noch 5,31% gezahlt werden. Die Zinssätze auf Reserven der Finanzinstitute bei der Zentralbank wurden von 2,07% auf 1,89% gesenkt. (XNA, 21.2.02)

Ende des letzten Jahres begannen die Verbraucherpreise erneut zu fallen. Im November gingen die Preise um 3,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat zurück, im Dezember um 0,3% und im Januar 2002 um 1%. Von 1998 bis 2000 sah sich die chinesische Wirtschaft in 22 aufeinander folgenden Monaten mit einer Deflation konfrontiert, die zu Preiskämpfen der Unternehmen, sinkenden Gewinnen und Zunahme von uneinbringlichen Krediten in den Banken geführt hat.

Nach Einschätzung einiger Analysten stellt die Zinssenkung kein geeignetes Mittel dar, um die deflationäre Tendenz aufzuhalten. Der Rückgang der Preise sei vor allem durch die Überproduktion von Staatsunternehmen verursacht worden, die sich nicht auf eine veränderte Marktnachfrage

eingestellt hätten. Während einige Analysten auf eine schnelle Schließung ineffizienter Staatsunternehmen drängen, sehen andere durch den schnellen Anstieg der damit verbundenen Arbeitslosigkeit neue Gefahren für die Inlandsnachfrage entstehen. So sei die private Nachfrage durch die bestehende Arbeitslosigkeit bereits niedriger als wünschenswert.

Die Senkung der Einlagezinsen hat auch zum Ziel, stärkere Anreize für private Investoren zu schaffen, ihr Kapital in Aktien anzulegen. Gleichzeitig hofft die Regierung auf einen Anstieg der Konsumausgaben. Von der Senkung der Zölle seit Beginn dieses Jahres wird ebenfalls ein Anreiz ausgehen, mehr Importwaren zu kaufen. (ASWJ, 25.2.02; FT, 21.2.02) -schü-

23 Nationale Arbeitskonferenz zum Finanzsektor

Anfang Februar d.J. hat in Beijing die nationale Arbeitskonferenz zum Finanzsektor stattgefunden, die aufgrund der vielfältigen Probleme in diesem Sektor große nationale und internationale Aufmerksamkeit erfahren hat. Die letzte vergleichbare Konferenz wurde im November 1997 unter dem Eindruck der Asienkrise abgehalten.

Die Konferenz fasste die Entwicklungen in den letzten vier Jahren auf dem Gebiet der Reform des Finanzsektors zusammen und beschloss Leitlinien für die kommenden Jahre. (FBIS-CHI-2002-0208) In der Berichterstattung zur Konferenz wird auf die positiven Ergebnisse der Reformmaßnahmen hingewiesen, die die Stabilität im Finanzsektor erhalten hätte. Zu den wesentlichen Problemen, mit denen der Finanzsektor zu kämpfen habe, zähle die

- ungenügende Aufsicht über den Finanzsektor,
- Mängel im Management der Finanzinstitute,
- unzureichender Schutz der legitimen Rechte und Interessen der Finanzinstitute,
- Knappheit an Fachpersonal und daraus resultierendes niedriges Niveau der Finanzdienstleistungen und Innovationen sowie

- Mängel in der Ordnung des Finanzmarktes.

Auf der Konferenz wurden die wesentlichen Aufgaben im Finanzsektor in der Periode des 10. Fünfjahresplanes (2001-2005) wie folgt zusammengefasst:

- Weitere Verbesserung der modernen Finanzinstitutionen, des Marktsystems, des Aufsichtssystems sowie des Systems der Regulierung und Kontrolle.
- Aufbau einer effizienten und wirkungsvollen Finanzaufsicht, Verbesserung der Ordnung im Finanzmarkt.
- Fortschritte bei den Finanzdienstleistungsstandards und der Qualifikation der Beschäftigten im Finanzsektor.
- Umfassende Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des chinesischen Finanzsektors.

Als Priorität bei der Arbeit im Finanzsektor wurde auf der Konferenz die Stärkung der Aufsicht herausgestrichen, womit folgende Ziele verbunden werden:

- Aufrechterhaltung des offenen, fairen und geordneten Wettbewerbs im Finanzmarkt auf der Basis geltender Gesetze;
- wirkungsvoller Schutz gegen systemische Risiken sowie
- Schutz der berechtigten Interessen und Rechte der Einleger, Investoren und der Versicherten.

Auf der Konferenz wurde außerdem die Notwendigkeit hervorgehoben, Banken in moderne Finanzinstitute umzuwandeln. Dies gelte vor allem für die staatseigenen Geschäftsbanken, die eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas spielten. Diese Banken müssten im Augenblick u.a. vor allem ihr internes Management verbessern und bei der Kreditvergabepraxis nach internationalen Standards in fünf Kategorien die Qualität der Kredite bewerten, internationale Standards der

Buchführung und Offenlegung einsetzen sowie den Anteil der uneinbringlichen Kredite reduzieren.

Die bisher ausschließlich im Staatseigentum befindlichen Banken könnten beim Erreichen bestimmter Bedingungen in staatlich kontrollierte Geschäftsbanken in Form von Aktiengesellschaften umgewandelt werden, die dann auch eine Notierung an der Börse erhalten könnten.

Die nationale Arbeitskonferenz zum Finanzsektor beschäftigte sich außerdem mit der Reform der ländlichen Kreditgenossenschaften. Hierbei ging es in erster Linie um die Klärung von Eigentum und Management und den Pflichten des Managements der Kreditgenossenschaften sowie um die Stärkung der Rolle dieser Kreditgenossenschaften, der „Landwirtschaft, der ländlichen Wirtschaft und den Bauern“ zu dienen. Weiterhin wurde beschlossen, die Regulierung der ländlichen Kreditgenossenschaften zu verbessern.

Die Arbeitskonferenz beschäftigte sich auch mit dem Wertpapiermarkt und seiner Standardisierung, die notwendige Voraussetzung für die Ausweitung der direkten Finanzierung ist. Eine Vielzahl von Forderungen zur Verbesserung des Marktes und seiner Teilnehmer wurden genannt, u.a. die Verbesserung der Qualität der börsennotierten Unternehmen, des internen Kontrollsystems der Wertpapierunternehmen, Stärkung der Regulierung des Wertpapiermarktes, Erhöhung der Markttransparenz, energisches Vorgehen gegen betrügerisches Verhalten wie Fälschung von Bilanzen, Veröffentlichung von Fehlinformationen, Manipulation des Marktes, Nutzung von Insider-Kenntnissen, etc. (BBC PF, 7.2.02)

In der Berichterstattung zur Konferenz wurde die Gründung einer unabhängigen Regulierungsbehörde für das Bankenwesen nicht erwähnt. Der Korruptionsskandal um den ehemaligen Vorsitzenden der Bank of China, Wang Xuebing, hatte die Schwächen des Kontrollsystems erkennen lassen. Wang Xuebing soll inzwischen unter Hausarrest stehen. (FAZ, 4.2.02) Angeblich soll die Zentralbank jedoch argumentiert haben, da sie nach dem Aufbau einer unabhängigen Aufsichtsbehörde für die Banken ihre Geldpo-

litik nicht mehr problemlos umsetzen könne. (*The Straits Times* interactive, 7.2.02) Die Zentralbank kündigte auf ihrer jährlichen Arbeitskonferenz Anfang Februar ebenfalls an, dass sie der Stärkung der Finanzaufsicht in diesem Jahr Priorität einräumen werde. (XNA, 9.2.02) -schü-

SVR Hongkong

24 Tung Chee-hwa als Regierungschef bestätigt

Das wichtigste politische Ereignis des Monats war die „Wiederwahl“ des 65-jährigen Tung Chee-hwa zum *Chief Executive* von Hongkong. Da es jedoch keine direkte Wahl und keinen Gegenkandidaten gab, war der Wahlkampf relativ undramatisch. (Bei seiner ersten Wahl vor fünf Jahren hatte es noch Gegenkandidaten gegeben.)

Tung wurde von Generalsekretär Jiang Zemin, Ministerpräsident Zhu Rongji und dessen Stellvertreter, dem früheren Außenminister Qian Qichen, öffentlich wiederholt unterstützt. (Vgl. C.a., 2001/7, Ü 29; C.a., 2001/10, Ü 30; C.a., 2001/11, Ü 28; C.a., 2001/12, Ü 32)

Für die Wahl war eine Nominierung durch mindestens 100 der 794 Mitglieder der Wahlkommission nötig. Da Tung Chee-hwa, der am 13. Dezember 2001 seine Kandidatur für eine Wiederwahl erklärt hatte, bis Ende Februar insgesamt 714 Stimmen erhalten hatte, war klar, dass keine andere Person 100 Stimmen hätte erlangen können, womit der eigentliche Wahlvorgang überflüssig wurde. Das Ergebnis wurde am 1. März offiziell bekannt gegeben. Am 5. März unterzeichnete Ministerpräsident Zhu Rongji dann die Ernennungsurkunde für Tung. Die zweite Amtszeit beginnt im Juli dieses Jahres – fünf Jahre nach der Übernahme Hongkongs durch die Volksrepublik.

Im Laufe seiner Kampagne spielte die Auseinandersetzung Tungs mit Martin Lee, dem Führer der demokratischen Partei und einem seiner schärfsten Kritiker, eine wichtige Rolle. Tung warf Lee die Verbreitung unwahrer